

Ressort: Politik

Union und SPD wollen Nutztiere besser vor Wölfen schützen

Berlin, 01.02.2018, 12:07 Uhr

GDN - Union und SPD wollen auf die voranschreitende und umstrittene Ausbreitung von Wölfen in Deutschland mit einem Maßnahmenkatalog reagieren. Das berichten die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben).

"Kosten für Schutzmaßnahmen sowie Schäden müssen schnell und zu 100 Prozent ausgeglichen werden", heißt es demnach in einem abgestimmten Entwurf der Umweltpolitiker von CDU, CSU und SPD, der am Freitag von der Koalitions-Spitzenrunde noch abegesenet werden muss. Der Bund werde die Länder bei den Entschädigungszahlungen an Landwirte und Flächenbesitzer unterstützen. Einzelne, auffällige Wölfe, die wiederholt etwa Schafe reißen, sollen wie bisher getötet werden können: "Wölfe, die die empfohlenen Schutzmaßnahmen für Weidetiere mehrfach überwinden, sollen entnommen werden." Dazu werde der Bund kurzfristig mit den Ländern einen "Kriterien- und Maßnahmenkatalog abstimmen". Die Sicherheit der Menschen habe oberste Priorität. An diesem Freitag werden auch im Bundestag Anträge von FDP, Linken, AfD und Grünen zum Umgang mit Wölfen diskutiert. Die FDP will die Jagd auf Wölfe unter engen Voraussetzungen erlauben, die Linkspartei strebt einen besseren Herdenschutz an, um die Akzeptanz von Wölfen zu erhöhen. Die AfD schlägt eine Obergrenze für die Wolfspopulation vor. Im Antrag der Grünen heißt es, es sei Aufgabe einer nachhaltigen Politik, "beides, einen stabilen Wolfsbestand und eine sichere Weidehaltung, in Einklang miteinander zu bringen". Nach Angaben des Bundesamtes für Naturschutz leben in Deutschland wieder 60 Wolfsrudel, 13 Paare und vier Einzeltiere. Wölfe sind nach deutschem und europäischem Recht streng geschützt. Es ist verboten, sie zu fangen oder zu töten. In vielen Regionen Deutschlands kommt es immer wieder zu Konflikten, weil Wölfe Menschen zu nahe kommen und Nutztiere reißen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101474/union-und-spd-wollen-nutztiere-besser-vor-woelfen-schuetzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com